

# IFK AKTUELL



## Aus dem Inhalt

Historische und aktuelle  
Konfliktentwicklungen

Die somalische Gesellschaft

Aktuelles internationales  
Krisenmanagement

Chancen und Möglichkeiten

# Piraten und Islamisten

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt.

## Wen interessiert Somalia ?

## Jüngste Publikationen des IFK

In der Reihe

**Internationale Sicherheit und Konfliktmanagement**



### **Kein Feind in Sicht**

Konfliktbilder und Bedrohungen der Zukunft

In diesem Band gehen international anerkannte Experten Fragen der generellen Bedeutung von Konflikt- und Bedrohungsbildern nach. Sie erörtern, welche Staaten und nichtstaatlichen Akteure die Sicherheitslage beeinflussen werden, und untersuchen, welche Themen in Zukunft entscheidend für Friede und Sicherheit sein werden. Praktische Erfahrungen und theoretische Überlegungen reihen sich dabei aneinander, denn je komplexer die Verhältnisse sind, umso wichtiger werden Erklärungsmodelle.

In der Reihe

**IFK Aktuell**



### **Internationales Krisen- und Konfliktmanagement**

Seit Ende des Kalten Krieges 1989 stieg die Anzahl der Friedensmissionen ständig an. Noch nie waren so viele Personen im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement im Einsatz wie derzeit. Aber das Bild der Friedenseinsätze hat sich gewandelt. Konflikte werden vermehrt innerhalb von Staaten ausgetragen, die allerdings regionale oder globale Auswirkungen haben können. Aus diesem Grund werden die Maßnahmen des Krisen- und Konfliktmanagements zu einer bedeutenden sicherheitspolitischen Aufgabe.

In der

**Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie**



### **Richtlinien und Wirkung zivil-militärischer Interaktion**

Zivil-militärische Interaktion wird im heutigen Krisen- und Konfliktmanagement immer wichtiger. In diesem Werk werden die theoretischen Grundlagen, Richtlinien, Definitionen und die Dimensionen, sowohl zivile wie auch militärische, vorgestellt. Da die Realität mitunter auch anders aussieht, werden anhand der Einsatzpraxis von EUFOR Tchad/RCA die zivil-militärische Interaktion der Akteure im Einsatzraum analysiert und Rückschlüsse gezogen. Dadurch können das Verständnis für diese komplexe Materie vertieft und die Probleme können veranschaulicht werden.

### **Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!**

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. **IFK Aktuell** folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.



IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLVS) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte und Ansätze zu deren Bewältigung. Weiters wird auf neue Trends und Erscheinungsformen im Zusammenhang mit internationalem Krisenmanagement hingewiesen. Die Inhalte von IFK Aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLVS unter:

[www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml](http://www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml)

Der Institutsleiter  
Bgdr Dr. Walter Feichtinger

## Somalia – eine globale Herausforderung

1991 wurde der Diktator Siad Barré gestürzt. Seit damals gibt es in Somalia keine Zentralregierung und das Land gilt allgemein als gescheiterter Staat. Erst als somalische Piraten den internationalen Schiffsverkehr im Golf von Aden beträchtlich zu stören begannen, rückte Somalia wieder in den Fokus internationaler Akteure.

Terrorismus, Migration und Piraterie sind Phänomene, die nicht nur lokal oder regional wirken, sondern im Prinzip jeden Staat der Erde in unterschiedlichem Ausmaß treffen können. Terrorismus kann überall wirksam werden, Flucht und Auswanderung zum Export der somalischen Probleme in andere Regionen führen und destabilisierend wirken. Piraterie wiederum stört die globale Wirtschaft, indem der Austausch von Gütern erschwert und verteuert wird. Somalia ist – von der humanitären Katastrophe abgesehen – ein „Kristallisationspunkt“ dieser aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass sich beinahe alle maßgeblichen internationalen Akteure mit Seestreitkräften engagieren. Zu hoffen bleibt allerdings, dass auch den Problemen am somalischen Festland begegnet wird.

<b>Inhalt</b>	<b>Historische und aktuelle Konfliktentwicklungen</b>	<b>Seite 4</b>
	Koloniale Periode	
	Unabhängigkeit und Gesamtstaat	
	Somalia unter Siad Barré	
	Entwicklungen nach 1991	
	Die UNO in Somalia	
	Politische Entwicklungen	
	Der Einfluss der Nachbarstaaten	
	Mühsame Friedensinitiativen	
	Entwicklungen seit 2006	
	Piraterie – Symptom und Plage	
	<b>Die somalische Gesellschaft</b>	<b>Seite 8</b>
	<b>Bewaffnete Gruppen und einflussreiche Akteure</b>	<b>Seite 9</b>
	Islamic Courts Union	
	Harakat Al-Shabaab Mujahideen	
	Hisb al-Islam	
	Somaliland und Puntland	
	<b>Aktuelles internationales Krisenmanagement</b>	<b>Seite 10</b>
	African Union Mission in Somalia	
	EU NAVFOR Atalanta	
	<b>Chancen und Möglichkeiten</b>	<b>Seite 11</b>
	Erzeugung von Stabilität	
	Kreative Ansätze	
	Stärkung lokaler Ansätze	
	Ableitungen und Empfehlungen	

# Historische und aktuelle Konfliktentwicklungen

## Koloniale Periode

Das heutige Somalia wurde ab dem Ende des 19. Jahrhunderts vom Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland sowie Italien kolonisiert. Allerdings wurde bei der Festlegung der Grenzen keine Rücksicht auf das Siedlungsgebiet der Somali genommen, weshalb große Somali-Minderheiten auch in Kenia, Äthiopien und Dschibuti leben und Grenzkonflikte bis heute anhalten.

## Unabhängigkeit und Gesamtstaat

Britisch-Somaliland, der nördliche Landesteil wurde am 26. Juni 1960 unabhängig, der von Italien kolonisierte südliche Teil folgte am 1. Juli. Noch am selben Tag schlossen sie sich zur Unabhängigen Republik Somalia zusammen. Die Staatsgründung verlief jedoch nicht reibungslos. Obwohl sich bereits in den 1940er Jahren ein somalisches Nationalbewusstsein mit Vereinigungstendenzen entwickelt hatte, traten zwischen dem Norden und dem Süden Spannungen zu Tage. Diese Tendenzen betrafen aber nicht nur den jungen Staat, sondern bezogen alle Gebiete, in denen Somali leben und lebten, mit ein. Gestützt auf diesen Anspruch betrachtete die somalische Regierung alle kolonialen Grenzverträge als ungültig und argumentierte, dass bereits vor der Kolonisierung eine „Somali-

Nation“ bestanden habe. Daraus leiteten sich territoriale Forderungen an die Nachbarstaaten ab. Zwischen 1963 und 1966 eskalierten mit Unterstützung der somalischen Regierung Aufstände von Somali in Äthiopien (Ogaden-Region) und Kenia (Northern Frontier District). In dieser Phase konnte Somalia weder innen- noch außenpolitische Stabilität erreichen.

## Somalia unter Siad Barré

Im Oktober 1969 kam Siad Barré durch einen Militärputsch an die Macht. Barré löste staatliche Institutionen auf und versuchte gleichzeitig, verwandtschaftliche Strukturen zu bekämpfen. Mit dem Konzept des „wissenschaftlichen Sozialismus“ wollte er Volksnähe demonstrieren, duldete aber selbst in den engsten Machtzirkeln keine Opposition, wodurch die Regierung in der Bevölkerung rasch an Legitimität verlor.

Der Zusammenbruch des Staates 1990/91 war eine Folge interner und externer Faktoren. Extern ist vor allem der Ogaden-Krieg 1977/78 gegen Äthiopien zu nennen, im Inneren mündete die Gründung bewaffneter Oppositionsgruppen Anfang der 1980er Jahre in gewaltsamen Auseinandersetzungen. Nach Anschlägen auf Regierungsgebäude ließ die Regierung ungefähr 50.000 Menschen des Isaaq-Klans töten, ca. 650.000 flüchteten nach Äthiopien und Dschibuti. Mit dem Ende des Kalten Krieges versiegte die ausländische Unterstützung für Siad Barré, er konnte sein Klientelismus-System aus Ressourcenmangel nicht mehr aufrechterhalten und wurde im Jänner 1991 gestürzt und vertrieben.

## Entwicklungen nach 1991

Somali bezeichnen die Zeit zwischen Dezember 1991 und März 1992 als burbur (Katastrophe). Bei Kämpfen verschiedener Klans starben Schätzungen zufolge alleine in Mogadischu 25.000 Menschen, 1,5 Mio. verließen das Land, 2 Mio. wurden zu Binnenflüchtlingen. Dürre, zerstörte Infrastruktur, Klansüberungen und die Behinderung von Lebensmittellieferungen führten zu einer Hungersnot mit ca. 250.000 Toten. Die internationale Gemeinschaft reagierte nur zögerlich, da der Zerfall Jugoslawiens und die Befreiung Kuwaits die meiste Aufmerksamkeit auf sich zogen. Die UNO verhängte vorerst nur ein Waffenembargo gegen alle Bürgerkriegsparteien.

## Die UNO in Somalia

Nach einem Waffenstillstandsabkommen der wesentlichsten Bürgerkriegsparteien startete die UNO ihre erste Mission in Somalia (UNOSOM I), deren Aufgabe in der Überwachung des Waffenstillstandes und der Schaffung eines sicheren Umfeldes für die Verteilung von Hilfsgütern bestand. Da UNOSOM I nicht den gewünschten Erfolg brachte wurde das Mandat erweitert und durch die Unified Task Force (UNITAF) unterstützt. Die US-geführte UNITAF war vom Sicherheitsrat ermächtigt, in der Operation

### ■ Basisdaten

Name	Republik Somalia / Jamhuuriyadda Soomaaliya
Fläche	637.657 km <sup>2</sup>
Klima	Tropisch-arid
Bevölkerung	9,832,017 (Schätzung Juli 2009)
Hauptstadt	Mogadischu
Amtssprache	Somali (Amtssprache seit 1972), Arabisch, Englisch und Italienisch als Handels- und Bildungssprache
Unabhängigkeit	26.06.1960 Britisch Somaliland, 01.07.1960 Italienisch Somaliland, Vereinigung am 01.07.1960
Regierungsform	Bis 1991 Präsidialrepublik; Seit Sep. 04 Übergangspräsident, -regierung und -parlament
Religionen	99,8% sunnitische Muslime, 0,1% Christen
Klans	Hawiye, Darod, Digil-Mirifle, Dir, Isaaq
Rechtssystem	Shari'a (seit April 2009), xeer (traditionelles Recht der Somali)
Währung	Somali Shilling (SOS)
Pro-Kopf-Einkommen	\$600 (Schätzung 2009)
Lebenserwartung	47.78 J. (m); 51.53 J. (f) (Schätzung 2009)
Wirtschaftswachstum	2.6% (Schätzung 2009)

Quelle: auswärtigesamt.de, data.un.org <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/so.html>



„Restore Hope“ notfalls auch Gewalt anzuwenden (Kapitel VII-Einsatz). Als Ziele galten die Sicherung der humanitären Hilfe, die Überwachung des Waffenstillstandes, die Entwaffnung der Rebellen und die Herstellung eines sicheren Umfeldes. UNITAF stellte allerdings nur eine Überbrückungsmission dar. Sie sollte der UNO Zeit verschaffen, eine größere Mission aufzubauen und deren Ausgangsbedingungen zu verbessern. Da sich die USA im Verlauf der Operation verstärkt auf die Bekämpfung von Warlord Mohammed Farah Aideed konzentrierten, büßten sie ihre Unparteilichkeit ein und wurden zunehmend in Kämpfe mit dessen Milizen verwickelt. Die „Schlacht von Mogadischu“ am 3. und 4. Oktober 1993 führte zu einer bitteren Niederlage und dem raschen Abzug der US-Truppe.

#### ■ Black Hawk Down

Im Rahmen der „Schlacht von Mogadischu“ am 3. und 4. Oktober 1993 wurden zwei US-Hubschrauber vom Typ MH-60 Black Hawk abgeschossen. Ziel der Operation war die Festnahme von General Mohammed Farah Aideed und hochrangiger Führungskader seiner Gruppe. Die Operation sollte nur eine Stunde dauern, mit einer heftigen Gegenwehr wurde nicht gerechnet. Insgesamt verloren 18-US Soldaten und mehr als 1.000 Somalier ihr Leben. Die Ereignisse beeinflussten die öffentliche Meinung in den USA und führten schließlich zum raschen Abzug der US-Truppen aus Somalia.

UNISOM II wurde im März 1993 vom UNO-Sicherheitsrat beschlossen und blieb bis März 1995 in Somalia. Die Aufgaben umfassten die Wiederherstellung von Frieden und Stabilität sowie die Unterstützung einer nationalen Versöhnung mit dem Ziel des Aufbaus demokratischer, wirtschaftlicher, politischer und sozialer Institutionen.

## Politische Entwicklungen

UNOSOM II zog 1995 ab, es folgten internationales Desinteresse und der Rückgang ausländischer Unterstützung. Der Abzug bewirkte kein Wiederaufflammen des Bürgerkrieges, vielmehr traten politische Prozesse wieder in den Vordergrund, die während der Anwesenheit der UNO eingefroren waren. Allerdings machten sich verstärkte Spaltungstendenzen bemerkbar. Während das Somali National Movement (SNM) Somaliland bereits im Mai 1991 für unabhängig erklärte, folgte Puntland 1998 mit der Erklärung einer Teilunabhängigkeit. Aber auch die Rahanweyn Resistance Army (RRA) konnte mit äthiopischer Unterstützung 1999 in zwei Regionen (Bay und Bakool) eine eigene Administration einrichten. In Südsomalia entstanden ebenfalls verschiedene Institutionen, darunter zwei „Regierungen“ in Mogadischu sowie Ältestenräte, Bezirksräte und Shari'a-Gerichte.

In Somalia war der Wunsch nach Sicherheit, Regulierung und Ordnung groß und wurde vor allem von Geschäftsleuten, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Personen außerhalb des Landes (Diaspora) getragen. Die fehlende Staatsmacht (staatliche Kontrolle und Regulierung) ermöglichte einigen Somaliern aber auch, in Bereichen wie Telekommunikation oder Geldtransfer reich zu werden.

## Der Einfluss der Nachbarstaaten

Das äthiopische Engagement wird mit wirtschaftlichen sowie

Sicherheitsinteressen argumentiert. In den 1990er Jahren war es besonders die Zunahme islamistischer Tendenzen, die Äthiopien beunruhigte. Im Jahr 1997 zerstörten die äthiopischen Streitkräfte Lager der Al-Itihad Al-Islami. Zugleich wurde versucht, verschiedene äthiopienfreundliche Fraktionen zu vereinen. In dieser Phase engagierten sich Ägypten, Libyen und die Arabische Liga (AL) als Vermittler, scheiterten aber aufgrund von Konflikten untereinander.

Nach 1998 bestimmte der Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea den ausländischen Einfluss. In Somalia wurde durch die Unterstützung rivalisierender Parteien ein Stellvertreterkrieg initiiert. Ende 2006 marschierte Äthiopien in Somalia ein, stürzte die Union der Islamischen Gerichtshöfe (Islamic Courts Union – ICU) und zog sich Anfang 2009 wieder zurück. Die Politik vis-à-vis Somalia spielt aber nach wie vor eine wichtige Rolle in der äthiopischen Innenpolitik sowie im sicherheitspolitischen Dispositiv des Staates. Eritrea wiederum unterstützt Gruppierungen wie al-Shabaab und Hisb al-Islam und ist interessiert daran, Äthiopien an der Südgrenze militärisch wie politisch zu binden.

Die Beziehungen des Jemen reichen - ebenso wie verwandtschaftliche Beziehungen - über den Golf von Aden hinweg und historisch weit zurück. Der Jemen beherbergt gegenwärtig internationalen Schätzungen zufolge bereits ca. 1 Mio. somalische Migranten und Flüchtlinge. Durch verstärkte Kontrolle der Gewässer soll deshalb vor allem der Andrang von Flüchtlingen unterbunden werden, nicht zuletzt, da Piraten und Terroristen verwandtschaftliche Verbindungen für ihre Zwecke nutzen könnten.

## Mühsame Friedensinitiativen

Nach dem Abzug der UNO und vergeblichen Bemühungen der Europäischen Union (1995) engagierte sich ab 1996 die Inter-Governmental Authority on Development (IGAD) mit Unterstützung der UNO. Aber auch die Nachbarstaaten bemühten sich vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Interessen um eine Lösung. Äthiopien unterbreitete im Friedensprozess von Sodere (1996-1998) den Vorschlag eines föderalen Somalia mit starken regionalen Autoritäten. Während dieser Ansatz teilweise auch mit westlichen Geldern unterstützt wurde, waren sich Kritiker einig, dass dieses Modell Somalia bewusst schwach und gespalten halten sollte. Dschibuti hingegen konzentrierte sich im Friedensprozess von Arta auf zivilgesellschaftliche Akteure und die Etablierung einer somalischen Übergangsregierung (Transitional National Government – TNG). Die TNG erwies sich jedoch als ineffektiv und konnte kaum Legitimität gewinnen. Kenia versuchte schließlich von 2002-2004 im Friedensprozess von Eldoret und Mbagathi zu vermitteln. Kenia konzentrierte sich auf die Zivilgesellschaft und Warlords sowie die neuerliche Einrichtung einer Übergangsregierung (Transitional Federal Government – TFG). Die TFG galt als von Äthiopien abhängig und war ebenfalls kaum in der Bevölkerung verankert. Erst 2006/2007 gelang es ihr, in Somalia Fuß zu fassen.

## Entwicklungen seit 2006

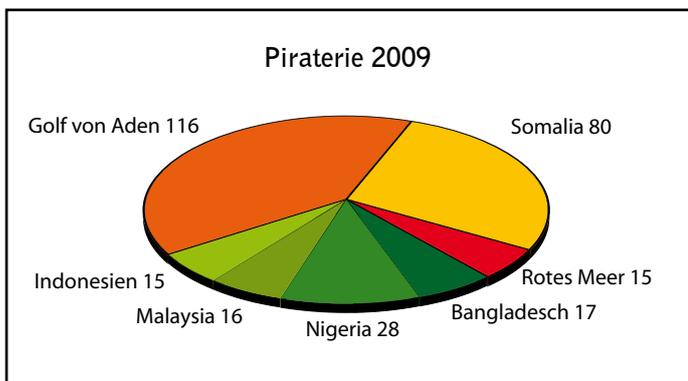
Hatten während der letzten beiden Dekaden verschiedene Gruppierungen versucht, einen islamischen Staat zu errichten, gelang dies erst der Union der Islamischen Gerichtshöfe (Islamic Courts Union – ICU) im April 2006. Da sie in der Hauptstadt für Sicherheit

sorgen konnten, erhielten sie rasch die Unterstützung der Bevölkerung und konnten ihre Machtbasis auch auf große Teile in Süd- und Zentralsomalia ausdehnen. Es schien tatsächlich so, als könnten die ICU in den von ihnen kontrollierten Gebieten eine Basisadministration errichten. Als Vermittlungsversuche zwischen der konkurrierenden ICU und der TFG durch die Arabische Liga scheiterten, marschierte Äthiopien im Dezember 2006 in Somalia ein, vertrieb die ICU und ermöglichte der TFG den Einzug in die Hauptstadt Mogadischu. Unterstützt wurde Äthiopien von den USA, die erfolglos mittels Luftschlägen versuchten, mutmaßliche al-Kaida Mitglieder zu liquidieren. Mitglieder der ICU flüchteten nach Eritrea und gründeten gemeinsam mit weiteren Kräften die Alliance for the Re-Liberation of Somalia (ARS), um die äthiopischen Besatzer zu bekämpfen. Die Präsenz äthiopischer Truppen rief in Somalia Widerstand hervor und radikalisierte auch Gruppen in der Diaspora.

Alle Versuche der TFG und ihrer Verbündeten, die Macht zu konsolidieren, stießen auf heftigen Widerstand von Klanmilizen sowie dem militanten Flügel der ICU, den Harakat al-Shabaab Mujahideen (al-Shabaab). Kämpfe zwischen al-Shabaab und TFG führten 2007 allein in Mogadischu zur Flucht von ca. 700.000 Menschen. Da der damalige Präsident, Abdullahi Yusuf Ahmed, keine Reformen zustande brachte und nur aufgrund der militärischen Unterstützung Äthiopiens an der Macht bleiben konnte, fehlten ihm jegliche Anerkennung und Rückhalt in der Bevölkerung. UNO-Vermittlungen über einen äthiopischen Abzug führten auch zum Rücktritt des Präsidenten. Sein Nachfolger wurde Sharif Sheikh Ahmed. Begünstigt durch den Abzug Äthiopiens konnte er eine moderate islamische Regierung etablieren, die sowohl von den Somaliern als auch von der internationalen Gemeinschaft beträchtliche Zustimmung erhielt. Allerdings konnte auch der neue Präsident das Land bisher nicht stabilisieren.

### Piraterie – Symptom und Plage

Piratenüberfälle im Golf von Aden und vor der Küste im Indischen Ozean haben zu verstärktem internationalem Interesse an Somalia geführt. Im Juni 2008 verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat die Resolution 1816. Diese ermöglicht es Staaten, die mit der soma-



Quelle: David Petrovic

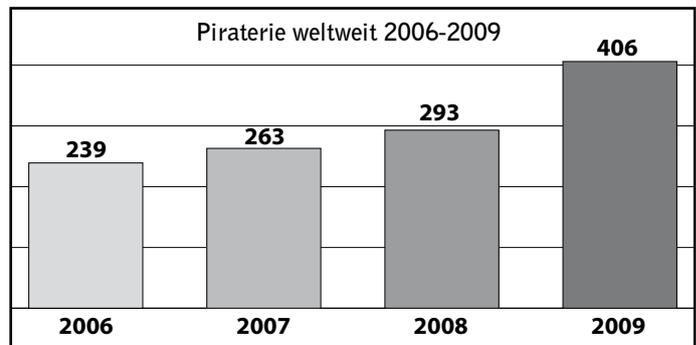
lischen Übergangsregierung kooperieren, militärische Operationen zur Bekämpfung der Piraterie auf somalischem Hoheitsgebiet durchzuführen. Auf dieser Basis agiert die EU mit EUNAVFOR Atalanta wie auch andere Staaten mit Marineverbänden.

Mohammed, „früherer Pirat“:

*„The shares are open to all and everybody can take part, whether personally at sea or on land by providing cash, weapons or useful materials ... we've made piracy a community activity.“*

In den ersten neun Monaten des Jahres 2009 wurden 32 Schiffe von somalischen Piraten gekapert und 533 Besatzungsmitglieder gefangen genommen. 85 weitere Schiffe wurden angegriffen. Darüber hinaus haben die Piraten ihren Aktionsradius in diesem Zeitraum vergrößert und bedrohen nun auch den Schiffsverkehr im Süden des Roten Meeres, des Bab al Mandeb sowie in den Gewässern vor der Ostküste des Oman. Obwohl sich die Anzahl der Zwischenfälle 2009 fast verdoppelt hat, ist die Anzahl erfolgreicher Angriffe proportional zurückgegangen.

Als Ursachen für die Piraterie werden das Fehlen einer somalischen Küstenwache, die Überfischung der Gewässer durch ausländische Fischfangflotten sowie die illegale Entsorgung von Giftmüll durch andere Staaten angeführt. Das enorme „Angebot“ auf dieser wich-



Quelle: David Petrovic

tigsten Seefahrtsroute der Welt mag einen zusätzlichen Anreiz bieten. In Somalia gehen die meisten Aktivitäten von den Häfen Exl, Haradherere und Hobyo in Puntland aus.

Da sich Piraterie als sehr lukrativ erwies, begannen auch somalische Unternehmer und Warlords sich in diesem Bereich zu engagieren. Sie bieten den Piraten Unterstützung und sorgen für eine gute Ausrüstung. Daher sind diese heute mit modernen Kommunikations- und Navigationsgeräten und mit Waffen ausgestattet. Sie operieren auch von „Mutterschiffen“ aus, wodurch sie ihren Aktionsraum auf das offene Meer ausweiten konnten.

Sahra Ibrahim, „Investorin“:

*„I am waiting for my share after I contributed a rocket-propelled grenade for the operation, I am really happy and lucky. I have made \$75,000 in only 38 days since I joined the ‚company‘.“*

Die Rekrutierung erfolgt in den Klans bzw. Subklans, sie sind netzwerkähnlich strukturiert. Idealerweise setzen sich Piratenteams aus drei Personengruppen zusammen: aus ehemaligen Fischern, früheren Kämpfern aus dem Bürgerkrieg sowie Experten für die technischen Geräte. Für Befürchtungen, dass Piraten mit Islamisten in Verbindung stehen und deren Aktivitäten finanzieren könnten, wurden bisher keine stichhaltigen Anhaltspunkte gefunden.

# Die somalische Gesellschaft

In der Phase der Staatsgründung wurden institutionelle und verwandtschaftliche Strukturen eng miteinander verwoben. Dadurch entstand eine große gesellschaftliche Diskrepanz zwischen ländlichen und städtischen Gebieten, die in der Folge zusätzliches Konfliktpotential brachte. Das komplexe verwandtschaftliche System von Abstammung und Klanzugehörigkeit blieb bestehen und wirkt bis heute in der somalischen Politik, obwohl es während der letzten 20 Jahre flexibler wurde.

Die Somali waren und sind Hirtennomaden, die Kamele, Schafe, Ziegen und Rinder zur Selbstversorgung züchten, an den Flüssen im Süden wird auch Ackerbau betrieben. Die Tiere dienen zudem als Handelsware und dem Prestige des Besitzers. Die nomadische Lebensform erfordert die mobile Nutzung von Weidegründen und Wasserstellen, die nur beschränkt oder in bestimmten Zeitabständen zur Verfügung stehen und um die als knappe Ressourcen immer wieder lokale Konflikte ausgetragen werden.

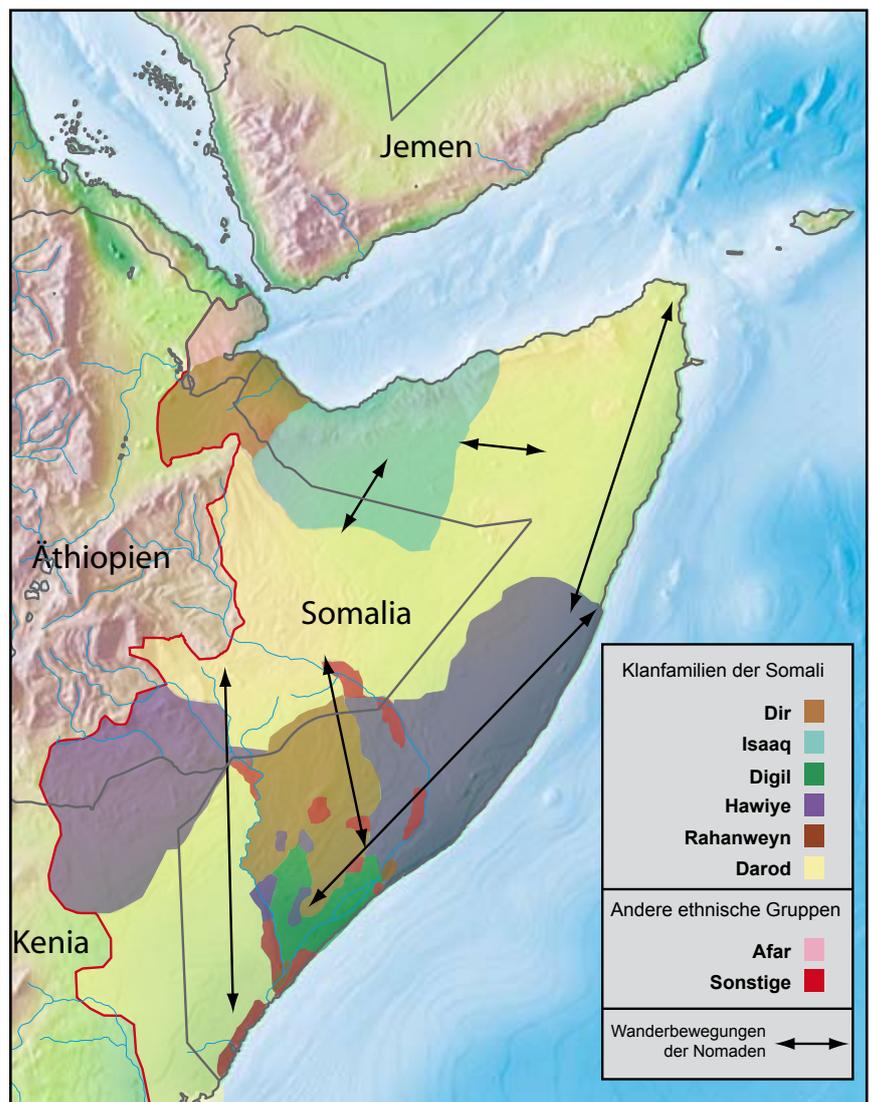
Die somalische Gesellschaft ist in Klans und Subklans organisiert, verfügt aber traditionell über keine zentralen politischen Instanzen. Die politischen Beziehungen zwischen den einzelnen Klans und Subklans sind durch Vereinigungs- und Abspaltungstendenzen charakterisiert. Das wichtigste Identitätsmerkmal der Somali ist die Abstammung von einem mythischen Vorfahren, auf den sich alle Klans berufen. Die größten und wichtigsten Klans sind die Dir, Isaaq, Hawiye in Nord- und Zentralsomalia und die Digil und Rahanweyn im Süden. Die Darod verteilen sich über ganz Somalia.

Das gesellschaftliche Fundament bilden die so genannten „diya paying groups“. Diese Gruppen können einige hundert bis einige tausend Mitglieder umfassen, die einander unterstützen, falls diya (eine Kompensation für verursachtes oder erlittenes Unrecht) bezahlt oder eingefordert werden muss. Die Gruppenzugehörigkeit wird durch Verwandtschaft und vertragliche Bedingungen bestimmt.

Der Islam verbreitete sich in Somalia bereits ab dem 7. Jahrhundert unserer Zeitrechnung, eine christliche Missionierung blieb erfolglos. Im täglichen Leben besteht allerdings eine klare Trennung zwischen religiöser und weltlicher Sphäre. In der traditionellen Politik sind Zuständigkeitsbereiche und Autoritäten klar umgrenzt. Das Rechtssystem basiert auf Normen der somalischen Gesellschaft. Die detaillierte Festlegung von Rechten und Pflichten wird immer nur innerhalb einer bestimmten Gruppe ausgehandelt. Delikte wie Mord, Verwundung oder Beleidigung werden von allen Somali als solche anerkannt, jedoch variieren Strafe

sowie Form der Kompensationszahlungen. Wurde das somalische Recht bisher durch die Shari'a nur ergänzt, hat die TFG mit der Einführung der Shari'a als allgemein gültiges Gesetz das religiöse Recht über traditionelle Rechtsvorstellungen erhoben.

Die Sheikhs vermitteln als wichtigste religiöse Würdenträger Wissen über den Islam und sind gleichzeitig die Schnittstelle zwischen Religion und Politik. An der Spitze der Klans stehen Sultane, während Akils den „diya paying groups“ vorstehen. „Älteste“ haben die entscheidende und umfassendste gesellschaftliche Ordnungsfunktion inne. Sie zeichnen sich durch Alter, Abstammung, Mut, Wohlstand, Großzügigkeit und politische Erfahrung aus und haben eine wichtige Vermittler- oder Schiedsrichterrolle bei Konflikten. Die traditionelle somalische Gesellschaft ist also durchaus hierarchisch organisiert, im Gegensatz zu einer dauerhaften institutionalisierten Zentralgewalt aber instabil und flexibel.



Quelle: Thomas Zitelmann

# Bewaffnete Gruppen und einflussreiche Akteure

Allianzen bedeuten in Somalia keine längerfristigen Bindungen, sondern können rasch wechseln. Ihre politische Relevanz hängt daher sehr stark von ihrer momentanen Stärke ab. Allen Gruppen gemeinsam ist ein politisch radikal interpretierter Islam (religion based), sie sind aber nicht religiös motiviert (religion motivated).

## Islamic Courts Union

Nach 9/11 rückte Somalia als gescheiterter Staat und möglicher Zufluchts- und Ausbildungsort für islamistische Terroristen in den Fokus ausländischer Befürchtungen. In diese Zeit fällt der Aufstieg der Islamic Courts Union (ICU). Die ICU erregte wegen ihrer möglichen Verbindungen zu militanten ausländischen Gruppen ebenso Aufsehen wie für die drakonischen Strafen, die von ihr verhängt wurden.

## Harakat Al-Shabaab Mujahideen

Al-Shabaab („Jugend“) ging ab 2004 aus radikalen Milizen der ICU hervor und operiert hauptsächlich im Süden Somalias sowie in den Städten Mogadischu und Kismayo. Die Angaben über die Stärke variieren in einer Bandbreite von 3.000 bis 7.000 Kämpfer. Die al-Shabaab sieht sich als inklusive islamische Bewegung und steht auch für Kämpfer aus dem Ausland offen. Aus diesem Grund werden auch immer wieder Verbindungen zum al-Kaida-Netzwerk vermutet, nicht zuletzt, weil al-Shabaab selbst mit diesbezüglichen Äußerungen aufhorchen ließ. Einige Mitglieder der al-Shabaab scheinen tatsächlich über Kontakte zu al-Kaida-Führern zu verfügen bzw. wurden sie in Afghanistan ausgebildet. Eine operative Zusammenarbeit war bisher, falls überhaupt vorhanden, nur gering. Als stärkstes Band zwischen diesen Gruppen gilt nach wie vor die Ideologie (Islamischer Fundamentalismus und Hass gegenüber „dem Westen“).

## Hisb al-Islam

Die Anfang 2009 gegründete Hisb al-Islam ist kein geschlossener Akteur, sondern ein Zusammenschluss mehrerer islamischer Milizen. Anfangs wurden die TFG und die äthiopischen Truppen bekämpft. Mittlerweile wurde der Kampf auf die African Union Mission in Somalia (AMISOM), aber auch auf al-Shabaab ausgeweitet. Trotz des gleichen ideologischen Hintergrundes ist al-Shabaab ein Konkurrent um Macht und Einflussgebiete. Da sowohl der Präsident als auch Sheik Hassan Dahir Aweys aus der früheren Führungsriege der ICU kommen, stecken hinter den

Auseinandersetzungen auch persönliche Motive. Hisb al-Islam gilt im Vergleich zu al-Shabaab als moderater.

## Somaliland und Puntland

Kurz nach dem Sturz von Siad Barré erklärte das Somali National Movement (SNM) im Mai 1991 die Unabhängigkeit Somalilands. Seither ist Somaliland praktisch ein unabhängiger Staat, allerdings ohne internationale Anerkennung. Durch die Abkoppelung von den Problemen im Süden wurde der Aufbau staatlicher Institutionen in Gang gesetzt, der allerdings nicht friktionsfrei verlief. Letztendlich schaffte es aber eine gewählte Regierung, den Quasi-Staat zu konsolidieren, obwohl ein Exportembargo für Vieh insbesondere durch Saudi Arabien die ohnehin schwache Wirtschaft schwer traf. Mit minimaler internationaler Unterstützung, mitgetragen von der Bevölkerung und unterstützt durch Transferleistungen der Diaspora, schaffte es die Regierung für Sicherheit zu sorgen, die Grenzen zu kontrollieren, Steuern einzuhoben und politische Ziele zu formulieren. Die fehlende internationale Anerkennung setzt Somaliland jedoch in seinen politischen Möglichkeiten enge Grenzen.

Puntland erklärte sich im August 1998 für teilunabhängig, da internationale Mediation in Äthiopien und Ägypten keine Fortschritte gebracht hatte. Die Somali Salvation Democratic Front (SSDF) bestimmte ihren militärischen Führer, Abdullahi Yusuf Ahmed, zum Präsidenten Puntlands. 2004 schloss sich Puntland der somalischen Übergangsregierung an und Abdullahi Yusuf Ahmed wurde bis 2008 Übergangspräsident von Somalia.

Die Grenzziehung zwischen Somaliland und Puntland ist teilweise umstritten und hat zu gewaltsamen Zusammenstößen geführt.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt.

Kämpfer der al-Shabaab patrouillieren in den Straßen Mogadischus

# Aktuelles internationales Krisenmanagement

Im Rahmen des internationalen Krisenmanagements sind mehrere Staaten und Organisationen aktiv. Im April 2009 wurde in Brüssel eine gemeinsame Geberkonferenz von UNO, EU und Afrikanischer Union (AU) organisiert, die 213 Mio. US-Dollar zur Verbesserung der Sicherheitslage in Somalia zur Verfügung stellte. Allerdings können aufgrund fehlender oder nicht funktionierender Institutionen vor Ort die Gelder teilweise nur sehr schwierig eingesetzt werden.

Die Einbindung der AU hat vor dem Hintergrund des Ownership-Gedankens (Stärkung regionaler Initiativen) eine besondere Bedeutung. Da die AU aber nicht über die Mittel verfügt, ihre Mission über einen längeren Zeitraum aufrecht zu erhalten bzw. auszubauen, ist sie auf internationale Unterstützung angewiesen. Eine umfassende Mission der UNO mit zivilen und militärischen Komponenten ist derzeit nicht in Sicht, da die extreme Gefahrenlage in Mogadischu und im Süden des Landes sowie das geringe Interesse westlicher und internationaler Akteure – von Piraterie und Terrorismus abgesehen – dagegensprechen. Daher ist auch mittelfristig nicht mit einem umfassenden Ansatz zu rechnen. Eine Alternative könnte eine gemeinsame Mission von UNO und AU darstellen, wie sie bereits im Sudan für die Region Darfur (United Nations African Union Mission in Darfur – UNAMID) besteht.

## African Union Mission in Somalia

Die African Union Mission in Somalia (AMISOM) wurde auf Grundlage der UNO-Sicherheitsratsresolutionen 1744 (2007) und 1772 (2007) geschaffen und operiert unter Kapitel VII der UNO-Charta. Die Aufgaben umfassen die Unterstützung von Dialog und Versöhnung, Schutz der Regierung und von Schlüssel-

infrastruktur, Unterstützung bei der Implementierung des National Security and Stabilization Plan (NSSP), technische Unterstützung bei der Entwaffnung und Stabilisierung, Überwachung humanitärer Operationen und der Rückkehr von Flüchtlingen sowie den Selbstschutz der Mission.

Die autorisierte Stärke liegt bei 8.000 Personen, derzeit versehen ca. 5.300 Mann bei AMISOM ihren Dienst. Die Mission kann allerdings kaum über den Großraum Mogadischu hinaus wirksam werden. Im Jänner 2010 wurde das Mandat für ein weiteres Jahr verlängert. In den Bevölkerungen Ugandas und Burundis als größte Truppensteller hat AMISOM kein besonders gutes Image, die Zustimmung zur Mission ist daher gering.

## EU NAVFOR Atalanta

Die European Union Naval Force Somalia – Operation Atalanta (EU NAVFOR Atalanta) ist die erste maritime Operation der EU. Sie hat den Auftrag, Schiffe des World Food Programmes (WFP) mit Nahrungsmitteln für die somalische Bevölkerung sowie Handelsschiffe zu schützen und Piraterie und bewaffnete Überfälle zu verhindern bzw. zu ahnden. Atalanta wurde 2008 gestartet, das Mandat läuft vorerst bis Dezember 2010. Das Operationsgebiet umfasst das Rote Meer, den Golf von Aden sowie Teile des Indischen Ozeans. Piraten, die aufgegriffen oder festgenommen werden, können sowohl in einem EU-Staat als auch in Kenia oder den Seychellen vor Gericht gestellt werden. Die rechtlichen Grundlagen bilden das Völkerrecht, das Seerechtsübereinkommen der UNO von 1982 sowie die Bestimmungen der UNO-Resolutionen 1814 (2008), 1816 (2008), 1838 (2008), 1846 (2008) und 1897 (2009).

An der Operation nehmen mehr als 20 Schiffe und über 1.800 Soldaten aus den Niederlanden, Spanien, Deutschland, Frankreich, Italien, Griechenland, Schweden, Luxemburg und Belgien teil. Darüber hinaus beteiligt sich Norwegen als erstes Nicht-EU-Land an der Mission. Kroatien und Montenegro haben ihre Teilnahme angekündigt.

Die Mission ist jedoch nicht isoliert zu sehen, sondern erfolgt im Verbund mit anderen internationalen maritimen Initiativen und sichert gemeinsam mit der US-geführten Koalition Combined Task Force-151, der NATO, Russland, Indien, Japan, Malaysia und China den wichtigen Seehandelsweg im Golf von Aden. Handelsschiffe können im Vorfeld ihre Fahrt beim Maritime Security Center-Horn of Africa anmelden und erhalten dann Geleitschutz. Durch Atalanta können zwar die Überfälle auf See reduziert werden, allerdings werden die Ursachen für Piraterie dadurch nicht beseitigt.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt.

AMISOM-Soldaten kontrollieren somalische Frauen auf deren Weg zu einer medizinischen Betreuungseinrichtung

# Chancen und Möglichkeiten

## Erzeugung von Stabilität

Vorneweg ist festzuhalten, dass das internationale Wissen über Akteure und soziale Strukturen sehr begrenzt ist. Für seriöse Analysen und die Entwicklung von Handlungsoptionen im Hinblick auf Stabilisierungsmaßnahmen wäre vertiefende Forschung dringend notwendig.

Aus internationaler Sicht haben Terrorismus und Piraterie ein verstärktes Interesse an Somalia bewirkt. Eine große politische Lösung unter Einbeziehung aller maßgeblichen Akteure lässt sich unter den derzeitigen Voraussetzungen nicht erwarten. Die gegenwärtigen Maßnahmen und die aktuellen politischen Diskussionen lassen vielmehr auf eine Strategie der Eindämmung radikaler Strömungen und Unterstützung einer eigenverantwortlichen Entwicklung schließen. Dadurch scheint auch die Richtung eines künftigen Engagements vorgegeben zu sein.

Durch die Förderung lokaler und regionaler Wirtschaftsaktivitäten könnte ein wesentlicher Stabilisierungsbeitrag geleistet werden. Denn Geschäftsleute agieren klanübergreifend und schaffen damit neue Allianzen und Netzwerke, die über verwandtschaftliche

Kapitän Pottengal Mukundan,  
Direktor des International Maritime Bureau:

*“The naval vessels operating off the Coast of Somalia continue to play a critical role in containing the piracy threat.”*

*“It is vital that regions in Somalia such as Puntland continue to take firm action in investigating and prosecuting the pirates. This will be a far better deterrent against Somali pirates than prosecution and punishment in a foreign country.”*

verfügt, sollte sie in Transformationsprozesse eingebunden werden. Mit ihren Ideen und Innovationen kann sie zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen bzw. positive Trends verstärken.

Zur Eindämmung der Aktivitäten der Piraten wäre es notwendig, die Sicherheitskräfte an Land zu stärken. Dazu sollten der Aufbau und eine adäquate Bezahlung somalischer Sicherheitskräfte forciert werden. Doch selbst dann besteht die Gefahr, dass diese nur halbherzig gegen Piraten vorgehen, solange Piraterie einer großen Anzahl der Küstenbewohner das Überleben sichert.

Bis zum Aufbau entsprechender somalischer Kapazitäten wird es für die internationale Gemeinschaft weiterhin notwendig sein, die Seewege mit Schiffen und Überwachungsflugzeugen zu sichern. Erst eine Lösung der politischen Probleme in Somalia wird Piraterie nachhaltig eindämmen können.

Die Aktivitäten externer Akteure sollten stärker und besser koordiniert werden, um das Zusammenwirken verschiedener Initiativen zu verbessern. Eine wichtige Rolle könnte in diesem Zusammenhang sowohl die UNO als auch die AU spielen. Daneben dürfen aber auch die Möglichkeiten der EU und der Arabischen Liga (AL) nicht unterschätzt werden. Allerdings sollten die Eigeninteressen der Akteure genauso wenig übersehen werden wie die Wahrnehmung

ihrer Aktivitäten durch die somalische Bevölkerung. Die EU wird beispielsweise für die Überfischung der Gewässer vor Somalia (mit-)verantwortlich gemacht. Da sie sich zwar im Kampf gegen die Piraterie engagiert, aber aus Eigeninteresse nicht gegen illegale Fischerei vorgeht, ist sie mit einem Image- und Legitimitätsverlust konfrontiert.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt.

Französische Marinesoldaten nehmen mutmaßliche Piraten fest

Beziehungen weit hinausgehen. Auch könnte der Einfluss der weltweiten Diaspora genutzt werden. Die Auslands-Somalier überweisen jährlich ca. eine Milliarde Euro und tragen so zum Überleben ihrer Familien bei. Gleichzeitig stärken sie damit ökonomische Aktivitäten auf der Mikroebene. Obwohl die Diaspora sehr heterogen ist und über keine zentrale Organisation

## Kreative Ansätze

Ein rein lokaler Ansatz zum Aufbau staatlicher Strukturen wäre ebenso zum Scheitern verurteilt wie von oben oder außen verordnete Prozesse. Ein Aufbau von unten wurde zwar während der letzten Dekade mehrfach versucht, ist aber bislang immer misslungen. Lösungsansätzen externer Akteure werden ebenso wenig Chancen eingeräumt. Daher verspricht eine Mischform aus Top-Down-Ansatz, der bei der TFG ansetzt und einem Bottom-Up-Ansatz, der die Wünsche lokaler Gemeinschaften berücksichtigt, gegenwärtig am meisten Erfolg. Nicht-somalische Akteure sollten aber in jedem Fall bedenken, dass ihre Aktivitäten von der somalischen Bevölkerung negativ wahrgenommen werden können und diese dementsprechend zurückhaltend gestalten.

Ansätze zur Verbesserung der Sicherheit sollten in jedem Fall von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) begleitet werden. Dazu ist allerdings eine differenzierte Betrachtungsweise notwendig. Während nämlich humanitäre Hilfe von unabhängigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ohne politische Absichten geleistet werden kann, sollte EZA als politisches Instrument genutzt werden, um die Legitimität der TFG zu erzeugen bzw. zu verstärken. Das bedeutet, dass EZA-Projekte über die TFG laufen sollten. In Verbindung mit klaren Regeln und Vorgaben (Konditionalitätsprinzip) könnten so die politischen Entwicklungen in Somalia beeinflusst werden.

Ein direktes militärisches Engagement westlicher Staaten mit Unterstützung regionaler Akteure und/oder Nachbarstaaten würde unter den derzeitigen Bedingungen auf größten Widerstand stoßen. Bisherige Erfahrungen legen den Schluss nahe, dass sich ein Großteil der Somalier gegen externe Interventionen auflehnen würden.

Externes Krisenmanagement steht wieder einmal vor der Herausforderung, eine nachhaltige Verbesserung mit kurzfristigen „Erfolgen“ erzielen zu wollen. Dem steht jedoch die Notwendigkeit entgegen, durch sorgfältige Analysen und Anlegen eines langen Zeithorizonts für die Konflikttransformation die Nachhaltigkeit der Stabilisierungsmaßnahmen zu gewährleisten.

## Stärkung lokaler Ansätze

Das internationale Engagement zielt generell auf eine Stärkung der Gesamtstaatlichkeit ab. Dies bedeutet aber nicht, dass bestehende funktionierende substaatliche Strukturen wie Somaliland und Puntland nicht eingebunden werden sollten. Insbesondere deshalb, weil die TFG ihre Autorität bisher nicht

C. Ashton, High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy:

*“I would like to recall that EUNAVFOR Somalia is part of the global action by the EU in the Horn of Africa to deal with the Somali crisis in particular.”*

auf das gesamte Staatsgebiet ausdehnen konnte und in absehbarer Zeit dazu auch nicht in der Lage sein wird. Ohne eine konstruktive Einbindung Somalilands und Puntlands kann es zu keinem substantiellen Fortschritt bei der Stabilisierung Somalias kommen. Somaliland sollte jedoch nicht gedrängt werden, da es in dieser Region einen Konsens gibt, sich nicht in die Angelegenheiten des Südens einzumischen. Die Forderung nach einer aktiven Rolle Somalilands könnte daher kontraproduktiv wirken. Ein positiver Beitrag könnte allerdings im Bildungsbereich geleistet werden. Darüber hinaus gilt es, Somaliland wie Puntland bei der Erhaltung und Konsolidierung ihrer Stabilität zu unterstützen.

Die Unterstützung beim Aufbau somalischer Sicherheitskräfte ist positiv zu bewerten. In diesem Zusammenhang ist es jedoch besonders wichtig, dass die Sicherheitskräfte in der Bevölkerung auf breite Akzeptanz stoßen. Um das zu gewährleisten, sollten somalische Streitkräfte ein Spiegelbild der Klanstrukturen darstellen. Dieses System hat bereits vor dem Zerfall des Staates zu einem relativ stabilen Sicherheitssystem geführt. Eine klientelistische Instrumentalisierung der Sicherheitskräfte durch die TFG dagegen würde massive Probleme mit sich bringen.

## Ableitungen und Empfehlungen

Aufgrund der oben angeführten Argumente lassen sich folgende Ableitungen treffen und Möglichkeiten aufzeigen:

- Europa ist von der Situation in Somalia betroffen und angehalten, sich zu engagieren.
- Im externen Engagement ist eine klare Führung notwendig. Daher sollte die UNO bzw. die AU gestärkt und unterstützt werden.
- Es sollte ein regionaler Ansatz des Krisenmanagements gewählt werden (African Ownership). Ein direktes (westliches) militärisches Engagement ist zu vermeiden, da es auf massiven Widerstand der Somalier stoßen würde.
- Mit Somaliland und Puntland sollte möglichst umfassend kooperiert werden, ohne dass dadurch eine Anerkennung als Staat abzuleiten ist.
- Das Krisenmanagement sollte sich auf Unruhezone konzentrieren und der Aufbau von Sicherheitskräften unterstützt werden.
- TFG sollte unterstützt werden. Allerdings sind dafür klare Regeln und Vorgaben zu erstellen.
- Ein weiteres Aufblähen politischer Institutionen (z.B. Parlament, derzeit 550 Mitglieder) erscheint kontraproduktiv und nicht unterstützenswert.
- Ein indirekter Ansatz von unten mit verschiedenen Ansprechpartnern aus der Diaspora, Geschäftsleuten, etc. erscheint sinnvoll und praktikabel.

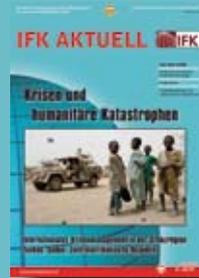
■ Chronologie / Entwicklungen seit der Unabhängigkeit

JAHR	EREIGNIS
Juni/Juli 1960	Unabhängigkeit von GB und Italien – Zusammenschluss zur „Republik Somalia“
Juni 1967	Abdirashid Ali Shermake wird zum Präsidenten gewählt
Oktober 1969	Ermordung Shermakes und Umsturz durch Siad Barré
Juli 1977	Krieg zwischen Somalia und Äthiopien um die Ogaden Region
März 1978	Scheitern des Militärcoups von Abdullahi Yusuf und Formierung der SSDF (erste bewaffnete Gruppierung)
April 1981	Bildung der SNM, um Siad Barré zu stürzen
Jänner 1986	Gründung der IGADD und Friedensvertrag zwischen Äthiopien und Somalia
Mai 1988	Anschläge der SNM in Burco und Hargeisa, Regierung reagiert mit Bombardierungen; Tausende Tote und intern Vertriebene
Jänner 1991	Sturz Barrés durch USC, regionale „Säuberungen“, Mahdi Mohamed wird Übergangspräsident
Mai 1991	Unabhängigkeitserklärung Somalilands
November 1991	Kämpfe zw. verschiedenen Fraktionen der USC in Mogadischu, Hungersnöte in Südsomalia
April 1992	Beginn der UNO Mission UNOSOM I
Dezember 1992	US-geführte multinationale Friedenstruppe UNITAF
Mai 1993	UNOSOM II (28.000 Militärs, 3000 Zivilisten)
Juni 1993	24 UNOSOM-Angehörige werden durch Kämpfer von Aideed getötet
Oktober 1993	Abschuss zweier US Black Hawk Hubschrauber durch Streitkräfte Aideeds
November 1994	Bürgerkrieg in Somaliland bricht aus
März 1995	Abzug der UNOSOM II-Truppen
August 1996	Aideed wird getötet, sein Sohn Hussein Aideed übernimmt seinen Platz
August 1998	Puntland beansprucht Autonomie
August 2000	Arta Konferenz: Nationale Übergangsregierung (TNG): Präsident Salad Hassan
März 2001	SRRC wird als Opposition zu TNG gebildet
Oktober 2004	Föderalistische Übergangsregierung (TFG): Präsident Abdullahi Yusuf
Juli 2006	ICU besiegt Warlord-Allianzen, übernimmt Mogadischu und weite Teile Südsomalias
Oktober 2006	„War of Words“ zwischen Äthiopien und Somalia
Jänner 2007	US Militärangriffe in Somalia
Februar 2007	UNO erteilt Mandat für AMISOM (AU-Mission)
Mai 2008	UNO erlaubt Aussendung von Kriegsschiffen aufgrund der Piraterie vor der Küste Somalias
November 2008	TFG wird um 275 Mitglieder auf 550 erhöht; EUNAVOR Operation Atalanta
Jänner 2009	Rückzug äthiopischer Truppen, neuer TFG Präsident: Sheikh Sharif
April 2009	Sharif führt Shari'a ein
Mai 2009	Hizb al-Islam und Al-Shabaab bekämpfen die Regierung
Juni 2009	Erklärung des Ausnahmezustands in Somalia und Anfrage nach internationaler Hilfe
September 2009	Erneutes Verschieben somalischer Präsidentschaftswahlen, Hilfsorganisationen: 4 Millionen Menschen in Somalia angewiesen auf Lebensmittellieferungen (> 1/3 der Bevölkerung)
Jänner 2010	Verlängerung von AMISOM bis 31. Jänner 2011, Aufforderung durch die UNO, die Truppen auf vorgesehene 8000 Mann zu verstärken (derzeit 5.300)
Februar 2010	Al-Shabaab bestätigt Beziehungen zu Al-Kaida, neue Gewalteskalation in Mogadischu



### Internationales Konfliktmanagement im Fokus. Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich

Fragile Staaten oder aus Bürgerkriegen hervorgegangene Quasi-Staaten werden in der westlichen Welt wegen der zunehmenden Internationalisierung von Risiken wie Proliferation, organisierter Kriminalität oder Terrorismus immer mehr als potenzielle Gefahr für die eigene nationale Sicherheit wahrgenommen. Die Publikation analysiert die unterschiedlichen Zugänge zum Nation- und State Building sowohl bei den lokalen Akteuren als auch von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft.



### Krisen und humanitäre Katastrophen – Internationales Krisenmanagement in der Grenzregion Tschad, Sudan und Zentralafrikanische Republik

Diese Publikation stellt die Konfliktkonstellationen in der Grenzregion Tschad, Sudan und Zentralafrikanische Republik dar und beleuchtet die historischen Gründe für die Konflikte ebenso wie die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft.



### Supporting Bosnia and Herzegovina: The Challenge of Reaching Self-Sustainability in a Post-War Environment

In dieser Publikation analysieren Experten die Probleme, die 14 Jahre nach dem Friedensschluss im bosnisch-herzegowinischen Staatsbildungs- und Friedensprozess auftreten und erarbeiten Empfehlungen für Verbesserungen. Im Vordergrund stehen die politische Rolle der EU und die ESVP-Missionen in Bosnien und Herzegowina, der Einfluss der EU auf die lokalen politischen Akteure sowie die Auswirkungen der Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina auf die regionale Kooperation und die regionale Sicherheitslage.



### Krisenmanagement in Afrika Erwartungen - Möglichkeiten - Grenzen

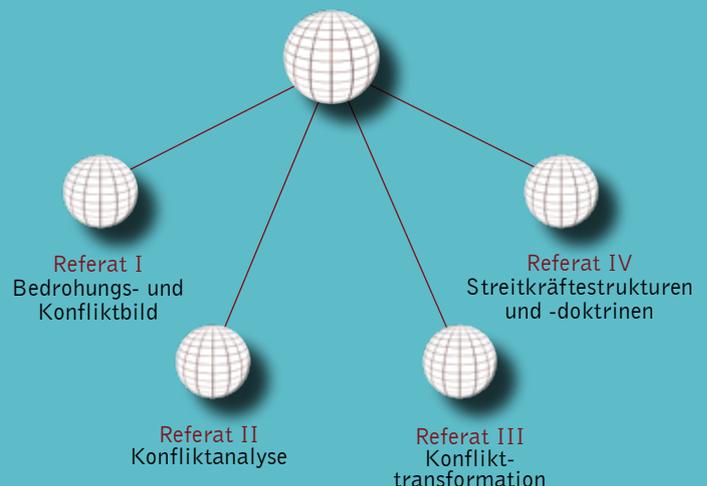
Dieser Band macht deutlich, warum sich die EU in Afrika engagieren soll und weshalb es nötig ist, sich von traditionell-westlichen Konfliktvorstellungen zu lösen. Er zeigt aber auch auf, dass trotz ernsthafter Bemühungen afrikanischer Sicherheitsorganisationen auf absehbare Zeit Hilfe und Unterstützung von außen unverzichtbar bleibt. Die Frage ist nur, wer von den alten und neue Großmächten sich dieser Herausforderung stellen wird.

## Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAK) des österreichischen Bundesheeres: Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung
  - Forschung und Lehre
  - Öffentlichkeitsarbeit
- Bedrohungs- und Konfliktbild: Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.
  - Konfliktanalyse: Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.
  - Konflikttransformation: Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Aufarbeitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.
  - Streitkräftestrukturen und -doktrinen: In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

### INSTITUTSLEITUNG



## **Geplante Publikationen 2010 (Auswahl):**

- ⇒ **Somalia. Optionen - Chancen - Stolpersteine**
- ⇒ **Economic Impacts of Crisis Response Operations**
- ⇒ **Georgian, Ossetian, Abchasian Conflicts – Lessons Learned from Conflict Prevention**

Sie finden unsere BMLVS - Publikationen auch im Internet auf unserer Homepage unter <http://www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml>

### So kommen Sie zu uns:

- Nähe U3-Station Neubaugasse, Ausgang Stiftgasse
- Kreuzung: Innere Mariahilferstraße (Höhe Nr. 30) / Stiftgasse



### Kontakt:

**Landesverteidigungsakademie Wien  
Institut für Friedenssicherung  
und Konfliktmanagement**

AG Stiftgasse 2a  
Akademiertakt 2. Stock, Süd-Risalit  
1070 Wien  
ÖSTERREICH

tel. | +43 (0) 50201 10 28701  
fax | +43 (0) 50201 10 17262  
e-mail | [lvak.ifk@bmlvs.gv.at](mailto:lvak.ifk@bmlvs.gv.at)

### Impressum

**Eigentümer, Verleger und Hersteller:**  
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE  
Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport  
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien  
Tel. +43 (0) 50201 10 28700

**Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:**  
Brigadier Dr. Walter Feichtinger

**Redaktion:**  
Dr. Walter Feichtinger, Dr. Gerald Hainzl

**Designkonzept und Layout:**  
LVak / Referat III - Medien

**Herstellung:**  
BMLVS / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien -  
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

**E-Mail:** [lvak.ifk@bmlvs.gv.at](mailto:lvak.ifk@bmlvs.gv.at)

## Autoren:



### **Dr. Gerald Hainzl**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Afrika-Experte am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Er verfasste zahlreiche wissenschaftliche Publikation zu Krisen und Konflikten in Afrika. Im Rahmen seiner Tätigkeit beschäftigt er sich mit afrikanischer Sicherheitspolitik, Konfliktforschung sowie afrikanischen Regionalorganisationen.



### **Brigadier Dr. Walter Feichtinger**

Leiter des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zahlreiche wissenschaftliche Publikationen, Buchveröffentlichungen zu sicherheitspolitischen Themen sowie internationalem Krisenmanagement.

Die Publikation entstand mit besonderer Unterstützung von Sonja Schilling